

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt (anwesend bis Ende ö.T.)

Ratsmitglied Marvin Hager

Ratsmitglied Christina Heide

Ratsmitglied Birgit Holtz

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön (anwesend bis Ende ö.T.)

Ratsmitglied Gabriele Schröder (anwesend bis Pause bei TOP 15.1)

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse

Ratsmitglied Martin Ehlers

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Ratsmitglied Jens Stoffers

Ratsmitglied Thomas Suberg

Ratsmitglied Olaf Werner

Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ratsvorsitzender Stefan Becker (anwesend bis Pause bei TOP 15.1)

Ratsmitglied Ulf Berner

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Michael Kieseewetter

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges

Ratsmitglied Darwin Reinhard

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Ratsmitglied Petra Stomberg

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ratsmitglied Martin Burkhart

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Walther Schäfer

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Torsten Kastrioti (anwesend bis Ende ö.T.)

Ratsmitglied Thorsten Moriß (anwesend bis Ende ö.T.)

Ratsmitglied Detlef Stump (anwesend bis Ende ö.T.)

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtbaurat Nikša Marušić

Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Fachbereichsleiterin Marion Winkel-Fiedelak

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Fachbereich Kommunikation & Koordination Alexander Ajwasow (Protokollführung ab TOP 15.2)

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Manuel Baruschke

Ratsmitglied Susanne Kempcke

Beigeordneter Miguel Schaar/Br. Franziskus

Oberbürgermeister

A. Nichtöffentlicher Teil

B. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 5 und 28

Zunächst fand der nichtöffentliche Teil der Sitzung statt.

B. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

13.1	Erklärung des Kreistages Friesland und des Rates der Stadt Wilhelmshaven "Gemeinsam für Demokratie!"	44/2024
14.1.1	Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung	19/2024
14.1.2	Antrag der AfD-Fraktion: Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber und Personen mit Duldungsstatus in Wilhelmshaven	505/2024
14.2.1	Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis - Olaf Augustin	20/2024
14.3.1	Zustimmung zum Mietspiegel 2023 der Stadt Wilhelmshaven	35/2024
14.3.2	Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Runder Tisch ÖPNV	501/2024
14.4.1	Behindertenbeirat als beratendes Mitglied in dem Ausschuss BGGS	22/2024
14.4.2	Richtlinie zur Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen im gesamten Stadtgebiet	25/2024
14.5.1	Beschluss über die Verwendung des steuerlichen Einlagekontos zur Leistung der verdeckten Gewinnausschüttung für das Jahr 2022 (Betrieb gewerblicher Art "Personaldienstleistungen" – Eigenbetrieb RNK)	18/2024
14.6.1	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Verbesserung Radverkehr Umfeld Nordseepassage	611/2023
14.6.2	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung Situation Spielstraße in der Grenzstraße	612/2023
14.6.3	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung PV-Anlagen auf städtischen Parkplätzen	613/2023
14.7.1	Änderung der Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven	28/2024
15.1	Antrag der CDU-Fraktion: Festakt zum 75 Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes	504/2024
15.2	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung von Flächen im Stadtgebiet für das Wohnen in Tiny Häusern	506/2024
15.3	Antrag SPD-Fraktion: Personelle Aufstockung des Einbürgerungsamtes	510/2024
15.4	Antrag SPD-Fraktion: Jahresabschlüsse der Gesellschaften	512/2024
15.5	Antrag SPD-Fraktion: Haushaltsberatungen außerhalb der Stadt	513/2024
15.6	Antrag SPD-Fraktion: Querungsanlage Neue Friedenstraße in Richtung Pütthäuser Straße und umgekehrt	514/2024
16.1	Anfrage Ratsherr Moriße (AfD-Fraktion) zu Zulassungen von Fahrzeugen aus der Ukraine	508/2024
17	Einwohnerfragestunde II (Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)	

7 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Herr Burkhart beantragte die **Fortsetzung des nichtöffentlichen Teils** der Sitzung nach Ende des öffentlichen Teils.

Herr Becker machte darauf aufmerksam, dass dafür erneut eine 2/3 Mehrheit der Mitglieder des Rates erforderlich sei.

Nach Wortmeldungen der **Herren Schön, Dr. Schulte, Stump** und **Tönjes** schlug **Herr Schönfelder** vor, den nichtöffentlichen Teil der Sitzung fortzusetzen, wenn der öffentliche Teil vor 20 Uhr beendet sein sollte. Erst wenn der öffentliche Teil

über 20 Uhr hinaus andauern sollte, müsse über die Fortsetzung des nichtöffentlichen Teils abgestimmt werden.

Herr Burkhardt zeigte sich mit dem Vorschlag einverstanden und **zog** seinen Geschäftsordnungsantrag **zurück**.

Frau Bakir-Block erklärte, sie werde sich aus beruflichen Gründen an den Abstimmungen zu Tagesordnungspunkt 14.3.1 und 15.2 nicht beteiligen.

Herr Brandt vermisste den Wirtschaftsplan 2024 des Klinikums, der wiederholt für die jeweils nächste Ratssitzung versprochen worden war.

Anschließend wurde zwischen **Frau Kloster, Oberbürgermeister Feist, Herrn Schönfelder, Herrn Schön, Herrn Moriß** und **Herrn Burkhardt** das Vorgehen hinsichtlich der Erklärung „Gemeinsam für Demokratie!“ diskutiert.

Frau Kloster bemängelte, dass trotz frühzeitig erfolgter Antragstellung die gleichlautende Beschlussvorlage der Verwaltung früher im Rat beraten werde und zudem der Verfasser nicht kenntlich gemacht worden sei. Eine bessere Abstimmung verwaltungsseitig wäre wünschenswert gewesen.

Oberbürgermeister Feist erklärte, dass der Antrag im März beraten werde, da für diesen eine Vorberatung in verschiedenen Fachausschüssen beantragt worden sei. Die Vorlage der Verwaltung hingegen sei aufgrund eines kurzfristigen Impulses seitens des Landkreises entstanden. Der Verfasser sei jedoch in beiden Fällen der Gleiche.

Auf den Vorschlag von Herrn Schönfelder, beide Vorlagen zusammenzuführen und als gemeinsamen Antrag zu beraten, erklärte Frau Kloster, dass dies nicht erforderlich sei, da die Gruppe die Verwaltungsvorlage mittragen werde.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 41 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme)

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird in der vorliegenden Form festgestellt.

8 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 24.01.2024

Herr Burkhardt wies darauf hin, dass seine Aussage auch bei der öffentlichen Protokollgenehmigung in der Niederschrift vom 24.01.2024 falsch wiedergegeben sei. Es müsse anstatt „Gerichtsverfahren“ heißen: „Kommunalaufsichtsverfahren“. Auch hier bitte er, dies zu ändern.

Herr Tönjes bemängelte das Protokoll als inhaltsleer und signalisierte seine Ablehnung.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 32 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 24.01.2024 wird genehmigt.

- 9 Einwohnerfragestunde I
(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

- 10 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

- 11 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

- 12 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist berichtete, das Niedersächsische Innenministerium habe den Antrag auf Verleihung des Titels „Wissenschaftsstadt“ abgelehnt (*Der Bescheid ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.*).

Die Ablehnung sei seiner Meinung nach nicht nachvollziehbar.

An der Diskussion über die weiteren Möglichkeiten beteiligten sich neben **Oberbürgermeister Feist Herr Berner, Herr Block, Herr Bulla, Frau Winkel-Fiedelak, Frau Kloster, Herr Moriß, Herr Dr. Weithöner, Herr Walpurgis, Herr Ehlers** und **Herr Stump**.

Dabei wurde erörtert, ob und welche rechtlichen Schritte möglich seien, ob ein neuer Antrag gestellt werden sollte oder ob ein alternativer eigener Titel genutzt werden sollte.

Oberbürgermeister Feist schlug abschließend vor, die Möglichkeit einer Klageerhebung zu prüfen und das Ergebnis in der nächsten Ratssitzung vorzulegen.

Herr Marušić informierte anschließend über den Letter of Intent zur Entwicklung des strategischen Regionalentwicklungskonzeptes „Pfeiler einer resilienten Energieregion Nordwest“ als Verbundprojekt im Rahmen des aktuellen Förderaufrufs des BMWBSB "Förderung Strategischer Regionalentwicklungskonzepte (Re-gioStrat)" der Metropolregion Nordwest (*der Entwurf ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.*). Er regte an, diesen Letter of Intent zu unterstützen und sich in diesem Prozess zu integrieren.

Herr Bruns berichtete zum Thema Finanzierung des Klinikums zum einen über das Verfahren für die Indikativangebote im Rahmen der Klinikfinanzierung. Dazu werde es eine Beschlussvorlage für die nächste Ratssitzung, spätestens aber im April geben. Zum anderen sei nach dem Ratsbeschluss im Oktober letzten Jahres zur liquiden Stützung des Klinikums zusätzlich eine Bürgschaft für eine Stundung einer Baurechnung über 2,5 Mio. € beantragt worden. Die dazugehörige Prüfung sei nun abgeschlossen und habe ergeben, dass die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt seien. Dies bedeute, die Bürgschaft könne nicht gegeben werden. Allerdings zeige sich die Liquidität des Klinikums aktuell gut genug, um diese Rechnung nunmehr begleichen zu können.

13 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Block)

13.1 Erklärung des Kreistages Friesland und des Rates der Stadt Wilhelmshaven "Gemeinsam für Demokratie!" **44/2024**

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 19.02.2024 vor.

Herr Moriße brachte für die AfD-Fraktion den folgenden **Änderungsantrag** ein (Wiedergabe als Wortprotokoll):

„Danke, Herr Vorsitzender. Wir haben zu diesem Antrag einen Änderungsantrag ja bereits schon im Verwaltungsausschuss angekündigt und diesen auch hier heute Frau Rogel vorgelegt. Ich trage diesen Änderungsantrag mal vor.

Vorab will ich auch nochmal dazu sagen, dass wir es nicht nötig haben, mit einem Kreistag aus Friesland hier parlamentarisch auseinanderzusetzen.

Wilhelmshavener Erklärung-Demokratie stärken-Kein Platz für Extremismus

Unsere kaiserlich geprägte Stadt Wilhelmshaven wird immer unsicherer. Vandalismus, Verwahrlosung nehmen zu, Hass und Hetze und Gewalt breiten sich aus. Diese neue Gewalt, auch mit Messern, und sexuelle Übergriffe sowie Extremismus von Links, Rechts, islamistisch ist abzulehnen und muss entschlossen entgegen... und entschlossen entgegenzutreten werden. Dazu ist ein Bekenntnis zu unserem Grundgesetz, dem Rechtsstaat und einer deutschen Leitkultur als Basis unseres Zusammenlebens unumgänglich. Die Ausgrenzung und Diffamierungen von Menschen, sowie demokratisch gewählten Mandatsträgern in unserer Gesellschaft muss beendet werden. Es muss wieder möglich sein, frei und offen seine Meinung sagen zu dürfen, ohne damit rechnen zu müssen, öffentlich an den Pranger gestellt zu werden. Diese demokratiefeindlichen Praktiken, die an düstere Zeiten unserer Geschichte erinnern, lehnen wir entschlossen ab. Wir brauchen eine lebendige und starke Demokratie. Antisemitismus in jeder Form, auch der überwiegende migrantische Antisemitismus an Juden, Rassismus in jeder Form, Extremismus in jeder Form und jede demokratiefeindlichen und verfassungsfeindlichen Angriffe und Bestrebungen auf demokratisch gewählte Parteien und Mandatsträger lehnen wir auch entschieden ab. Wir treten für unsere Grundrechte ein, wir ermutigen alle Bürger in Wilhelmshaven, mit uns für den Schutz und für den Erhalt der Demokratie

einzutreten. Wir appellieren an alle Bürger in Wilhelmshaven, sich weiter natürlich gesellschaftlich und ehrenamtlich zu arrangieren und damit auch anzufangen, zum Beispiel auch in Freiwillige Feuerwehren, DRK, DLRG, Mitgliedschaften in Parteien.

*Meine Damen und Herren, ich begründe den Änderungsantrag wie folgt:
In Wahrheit verfolgten die aktuellen Demos in Wilhelmshaven eine links-grüne Agenda. Es ist kein Kampf gegen Rechts, sondern ein gezielter Konkurrenzkampf und hat mit „Demokratie stärken“ nix zu tun. Sie fordern sogar ein Verbot einer demokratisch gewählten Partei. Nur Diktatoren verbieten Oppositionsparteien. Auf dieser... auf einer Palästinenser-Demonstration in Wilhelmshaven wurde gegen unsere jüdischen Mitbürger gehetzt und lautes Gebrüll „Allahuakbar“ aus den Reihen zu hören. Dazu die Vergewaltigungen, Entführungen, Messergewalt, sowie die erheblichen Brandstiftungen an Gebäuden und Pkws prägen aktuell unsere Stadt... unser Stadtbild. Unsere Schulen in Wilhelmshaven geraten immer mehr durch die gescheiterte kommunale Migrationspolitik und das fehlende Bekenntnis zur deutschen Leitkultur in Bedrängnis. Wir müssen uns wieder auf unsere Werte und Normen zurückbesinnen, damit unsere Gesellschaft wieder zusammenfindet. Immer mehr Menschen geraten in das Visier selbsternannter Moralisten und Gruppierungen, nur, weil sie frei ihre Meinung sagen oder Kritik am staatlichen Handeln äußern. Damit wird unsere Demokratie ein erheblichen Schaden zugefügt. Die zunehmende Spaltung und Ausgrenzung unserer Gesellschaft können wir nur stoppen, wenn es wieder möglich ist, frei seine Meinung zu äußern, ohne den Verlust seines Arbeitsplatzes, so wie bei mein Sohn, der wurde der Marine entlassen, weil sein Vater Landtagsabgeordneter ist, oder seines sozialen Ansehen fürchten muss. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.“*

Auf Nachfrage von **Herrn Becker**, wie der Änderungsantrag in den Ursprungsantrag einzuordnen sei, gab **Herr Moriße** die folgende Antwort (Wiedergabe als Wortprotokoll):

„Nö, so wie er da steht. Friesland raus, hab ´ich doch gerade erklärt. Friesland hat hier drinne nix zu suchen. Wir wollen den ändern und zwar mit der Überschrift „Wilhelmshavener Erklärung-Demokratie stärken-Kein Platz für Extremismus“. Und der Inhalt, der da drinne steht, alleine die Begründung „Deportation“ ist doch eine Aussage, die ist nicht stattgefunden hat. Alleine diese Begründung sagt doch schon selber, dass dieser Antrag von ihnen, aus Friesland und Wilhelmshaven, gar nicht tragbar ist. Daher unserer Änderungsantrag in dieser Form.“

Nach kurzer Beratung zwischen dem Ratsvorsitzenden und dem Rechtsdezernenten sowie der Leiterin des Rechtsamtes wurde der Antrag als Änderungsantrag zugelassen.

Oberbürgermeister Feist nahm dazu wie folgt Stellung (Wiedergabe als Wortprotokoll):

„Ja, vielen Dank, Herr Ratsvorsitzender. Herr Moriße, das, was ich jetzt sage, wird sie wundern, und ich meine das ohne Ironie, Zynismus oder sonstige negative Einschätzung. Ihr Antrag ist großartig. Er ist deswegen großartig, weil er zeigt, wie wichtig der Ursprungsantrag ist. Weil er deutlich macht, was sie hier wollen. Weil er deutlich macht, dass sie ein anderes Land wollen. Weil er deutlich macht, dass ihnen außer Phrasen und Unterstellungen und völlig unbegründeten Annahmen absolut

nichts einfällt, als zu hetzen und Hass zu streuen. Dieser Antrag, den sie hier gerade gestellt haben, ist selbstentlarvend, weil er von Phrasen nur so wimmelt, weil er parteipolitisch und ideologisch geprägt ist, weil er überhaupt nicht eine einzige belegbare Behauptung enthält, sondern nur draufdrischt mit „sexuellen Messerübergriffen“, mit all diesen Dingen, die sie immer wieder behaupten, aber die sich durch nichts, und auch gar nichts beweisen. Ihr Antrag ist großartig, weil er zeigt, für welches Bild von Demokratie, die dann nur noch Autokratie ist, sie eintreten und wie wichtig es ist, das alle Demokratinnen und Demokraten in diesem Rat gleich dem Ursprungsantrag zustimmen. Und ich hoffe, dass ich den allerletzten Satz, den sie gerade in ihrer Begründung gesagt haben, wirklich falsch verstanden habe. Ich habe hier vorne verstanden „Deportation hat nicht stattgefunden“. Das haben sie gesagt, das ist hier so angekommen. Wenn sie das wirklich so gesagt haben und wenn sie das so gemeint haben, dann beziehen sie das hoffentlich nur auf die Diskussion, die jetzt kürzlich auch unter Teilnahme einiger Mitglieder ihrer Partei stattgefunden hat und nicht auf die historische Situation. Insofern sage ich „danke“ für den Antrag. Falls irgendjemand noch zweifeln sollte, warum wir den Ursprungsantrag beschließen sollten, dann haben sie die Begründung dafür jetzt in großartiger Art und Weise geliefert.“

Herr Berner hielt den Änderungsantrag für unerträglich, da dieser lediglich Unterstellungen und nicht gesicherte Aussagen beinhalte.

Für **Herrn Tönjes** zeigte der Änderungsantrag das Weltbild der AfD, welche zwar nach demokratischem Recht gewählt worden, selber aber nicht demokratisch sei. Hier zeige sich das wahre Gesicht der AfD und deren Einstellung zur Demokratie. Daher könne er den Ausführungen von Oberbürgermeister Feist nur zustimmen.

Herr Dr. Schulte hielt das vorgelegte Papier nicht für einen Änderungsantrag, sondern für eine Erklärung der AfD-Fraktion, die der Rat zur Kenntnis nehmen könne. Diskutiert und beschlossen werden sollte seiner Auffassung nach jedoch ausschließlich die Beschlussvorlage.

Herr Schön bezeichnete den Änderungsantrag als unerträgliches Papier, welches mit Hetze und Unterstellungen versetzt sei. Er appellierte, den Änderungsantrag abzulehnen.

Frau Bakir-Block hegte ebenfalls völliges Unverständnis für das Anliegen der AfD-Fraktion. Sie habe den Eindruck, dass die AfD nicht wisse, was Demokratie tatsächlich sei. Die Fraktion liefere damit eine Steilvorlage für die Beschlussvorlage.

Herr Burkhart erklärte, er habe bisher noch keinen so miserablen Änderungsantrag erlebt. Nach dem Motto „Nie wieder ist jetzt“ appellierte er, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Herr Moriße nahm abschließend Stellung zum Änderungsantrag und der vorangegangenen Diskussion (Wiedergabe als Wortprotokoll):

„Jo, die hab ich. Das ging hier ja richtig durch die Bank, meine Damen und Herren, wie antidemokratisch sie einen Antrag beurteilen. Vorab, Herr Oberbürgermeister, dann leugnen sie ja öffentliche Mediensberichte der regionalen Zeitung, dass hier Vergewaltigungen nicht stattgefunden haben, dass Messergewalt hier in Wilhelmshaven nicht stattgefunden haben, dass letzte Zeit aktuell Autos brennen in dieser Stadt, dass aktuell Gebäude brennen in dieser Stadt. Das leugnen sie also alles. Das hat es nie... hat also nie stattgefunden. Da erstmal vielen Dank für ihre Einschätzung.

Was da drauf hinkommt, Herr Tönjes, was ich dazu sagen will, bei 7 %, die AfD liegt derzeit aktuell in Wilhelmshaven bei über 20 %, nur mal zum Hinweis.

Was ich damit sagen will, meine Damen und Herren, auch Herr Oberbürgermeister, was sie mir wieder andrehen wollen, sie haben wahrscheinlich schon den Hörer für die Staatsanwaltschaft in der Hand: Nein, natürlich hat es Deportationen damals stattgefunden, natürlich. Aber die Diskussion, wo AfD-Mitglieder und CDU-Mitglieder beigewesen sind, auch andere hochrangige Funktionäre aus der Wirtschaft, die da alle beigewesen sind, ist das Wort „Deportation“ nie gefallen. Daraufhin bezieht sich die Aussage. Und daraufhin beziehen sie sich ja in der Begründung ihrer Erklärung, die da kommt, die einfach schlichtweg unwahr und verlogen. Und ihre Demonstration, die sie dort in diesen Antrag reingeben, ich musste mir leider diese erbärmlichen Reden von ihnen und Lies anhören, ja, das war Bashing gegen die AfD durch die Bank durch. Und wenn sie das da drinne begründen, was sie nämlich gerade betreiben hier, diese Kampagne, die ist nicht demokratisch, das ist eine anti-demokratische, schon diktatorische, faschistische... `tschuldigung, Faschismus geprägte Kampagne gegen...

(Einwurf Ratsvorsitzender unverständlich)

...ich habe das Wort, ich komm zum Schluss, okay...

(Einwurf Ratsvorsitzender: „Ja, nicht zu weiteren Beleidigungen.“)

... nochmal: diese Kampagne, die sie hier treiben und die sie hier heute beschließen, ist einfach nur ein billiger Konkurrenzkampf, um eine demokratische Partei wie die AfD klein zu halten. Wir sehen uns am 9. Juni, da wird die AfD bundesweit über 25 % erzielen, danke.“

Herr Block befragte aufgrund der Äußerungen von Herr Moriße die **Einberufung des Ältestenausschusses**.

Diesem Antrag wurde bei 40 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Oberbürgermeister Feist meldete sich abschließend zu einer persönlichen Erklärung hinsichtlich der von Herrn Moriße ausgesprochenen Anfeindungen zu Wort (Wiedergabe als Wortprotokoll):

„Herr Ratsvorsitzender, ich möchte hier eine persönliche Erklärung abgeben, da Herr Moriße mich mindestens, ich hab mir gar nicht alle Begriffe aufgeschrieben, als „antidemokratisch“ und „faschistisch“ bezeichnet hat. Herr Moriße nickt in diesem Moment und bestätigt diese Aussagen damit. Die anderen Adjektive habe ich mir nicht gemerkt. Meine persönliche Erklärung lautet wie folgt:

Ich bin Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven, ich bin hier von ihnen in ihrem Beisein auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vereidigt worden. Ich stehe zu diesem Grundgesetz und ich glaube, jeder, der meine Arbeit kennt, der darf mich politisch kritisieren, aber dass ich antidemokratisch oder faschistisch unterwegs bin, habe ich bisher noch nicht wahrgenommen und auch von ihnen als Kritik noch nicht gehört. Herr Moriße hat mich als Antifaschisten und Antidemokraten bezeichnet, er hat das gerade durch sein Nicken bestätigt. Wenn das ihre Einschätzung ist, dann bitte ich sofort einen Antrag auf Amtsenthebung zu stellen, weil ich damit gegen meine Amtspflichten verstoße. Das ist dann die einzig logische Konsequenz, wenn ich mich nicht ans Grundgesetz halte, dass sie einen entsprechenden Antrag stellen müssen.“

Anschließend wurde die Sitzung von **16:25 Uhr bis 16:47 Uhr** für eine **Sitzung des Ältestenausschusses** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Ratssitzung informierte **Herr Schönfelder** über das Ergebnis der Beratungen des Ältestenausschusses:

Maßgeblich für die Behandlung der Problematik seien § 63 NKomVG sowie die Regelungen in der Geschäftsordnung. Das Gesetz übertrage dem Ratsvorsitzenden die Sitzungsleitung und damit unter anderem auch die Aufgabe der Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen. Die Ordnung in einer Sitzung könne durch „ungebührliches“ oder möglicherweise sogar „grob ungebührliches“ Verhalten einzelner Mitglieder massiv gestört werden. Der Ratsvorsitzende habe in diesen Fällen die Möglichkeit, Ordnungsmittel gegen die betreffende Person zu verhängen. Das übliche Mittel stelle hier die Rüge dar. Darüber hinaus sehe das Gesetz zum einen den Ausschluss aus der laufenden Sitzung durch den Ratsvorsitzenden vor, zum anderen einen bis zu sechs Monate andauernden Ausschluss von den Sitzungen des Rates oder der Ausschüsse auf Antrag aus der Mitte des Rates, mit Vorberatung durch den Verwaltungsausschuss und Entscheidung in der darauffolgenden Sitzung. Für diese verschiedenen Stufen der Ordnungsmittel sei die Schwere des Fehlverhaltens ausschlaggebend, je nachdem, ob das Verhalten als „ungebührlich“ oder „grob ungebührlich“ eingestuft werde. Zur Einordnung müsse jedoch bedacht werden, dass Mitglieder des Rates generell einen rauerer Umgangston aushalten können müssten, da dies zum politischen Wettbewerb und zum Meinungsbildungsprozess dazugehöre. Dieser „rauere Umgangston“ könne aber immer auch eine strafrechtliche Relevanz enthalten. „Ungebührliches Verhalten“ orientiere sich dabei immer an den durch Anstand und gute Sitten gezogenen Grenzen. Beleidigungen und Verächtlichmachungen könnten als „ungebührlich“ eingestuft werden. „Grob ungebührlich“ hingegen sei ein Verhalten, das durch eine besondere Steigerung in der Aggression der Äußerung gekennzeichnet sei und bei dem die Grenzen des Tragbaren erheblich überschritten seien. Dabei müsse ein besonders verletzender

Inhalt oder eine besonders beleidigende Äußerung vorliegen. Bei der Entscheidungsfindung durch den Ratsvorsitzenden bzw. des Rates müsse jedoch das Ermessen richtig ausgeübt und Abwägungen vorgenommen werden. Dabei sei mit einzubeziehen, wie sich die Diskussion dargestellt habe und ob die betreffende Person möglicherweise selber angegriffen wurde.

Im Ältestenausschuss habe Einigkeit darüber bestanden, zur Klärung zunächst die Aufzeichnung zum fraglichen Punkt abzuhören, um den Kontext der Äußerung prüfen und bewerten zu können. Herr Stump, der in Vertretung für Herrn Moriße an der Sitzung teilgenommen habe, habe dort erklärt, in welcher Richtung dessen Äußerung gemeint gewesen sei. Die Entscheidung des Ältestenausschusses werde im Folgenden vom Ratsvorsitzenden mitgeteilt.

Herr Becker erklärte, es gehe dabei um die Diskreditierung des Rates sowie des Amtes des Oberbürgermeisters, die als „Faschisten“ benannt worden seien. Auch die Brücke, die der Oberbürgermeister Ratsherrn Moriße gebaut habe, sei von diesem nicht angenommen worden, er habe vielmehr seine Äußerungen bekräftigt. Er habe sich jedoch entschlossen, Herrn Moriße nicht von dieser Sitzung auszuschließen. Dieser Schritt hätte zur Folge, dass alle heute gefassten Beschlüsse im Nachgang rechtlich geprüft werden müssten und gegebenenfalls nichtig würden, da auch Herrn Moriße Rechtsmittel zustünden. Sofern der Rat, die Gruppen, die Fraktionen oder einzelne Personen es wünschten, könnten diese selbst weitere Schritte einleiten.

Er selbst als Ratsvorsitzender erteile Herrn Moriße daher eine Rüge aufgrund seines Verhaltens in der vorangegangenen Diskussion. Er gebe ihm zudem die Möglichkeit, falls gewünscht, sich zu entschuldigen.

Herr Moriße erklärte dazu wie folgt (*Wiedergabe als Wortprotokoll*):

„Vorab erstmal vielen Dank, Herr Ratsvorsitzender. Ich betone nochmal, und hören sie sich das Band gut an, ich habe bezüglich dieser Äußerung, dieser Demonstrationen, die momentan hier im Land stattfinden, auch auf dem Valoisplatz, als antidemokratisch und auch, wenn man eine Partei verbietet, das ist Faschismus, ganz klar. Man kann keine demokratische Partei verbieten. Das kann man machen, das hat Adolf Hitler gemacht, oder sonstiges. Das ist aber nur...“

(Einwurf Ratsvorsitzender: Unverständlich)

Herr Moriße:

„Darf ich ausreden?“

Ratsvorsitzender:

„Nein, nein nein, nein nein, sie haben jetzt die Möglichkeit zu sagen, sie sind vielleicht missverstanden worden und bitten um Entschuldigung. Wenn sie das nicht wollen, wir möchten keine weiteren Reden von ihnen haben. Und mit Adolf Hitler und co. erst recht nicht.“

Herr Moriße:

„Gut, dann will ich das mal so ausführen, ich hoffe wohl, dass ich die nächsten Protokolle auch zu sehen bekomme, als der Oberbürgermeister mich als rechtsextrem

und Rechtsextremist bezeichnet hat, aber das will ich gar nicht großartig aussagen. Ich habe Herrn Oberbürgermeister nicht persönlich angesprochen, dass er ein Faschist oder ein Antidemokrat ist, ich habe das im Kontext auf dieses derzeitigen in Deutschland stattfindenden Kampagne gerichtet, auch mit der Demo, die dort auf dem Valoisplatz gegangen ist. Wenn ich falsch verstanden worden bin, dann entschuldige ich mich natürlich hierfür. Natürlich sind sie keine Faschisten oder Sonstiges, das war ein Bezug auf die Demos, wo man die AfD verbieten will, bezogen. Dankeschön.“

Anschließend unterbrach der Ratsvorsitzende die Sitzung für eine **Pause von 16:57 Uhr bis 17:10 Uhr**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Abstimmung über den Änderungsantrag und die weitere Beratung des Tagesordnungspunktes.

Der **Änderungsantrag der AfD-Fraktion** wurde bei 3 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Tönjes nahm anschließend Stellung zur Beschlussvorlage. Er habe sich kritisch damit auseinandergesetzt und habe sich dazu entschieden, der Erklärung nicht durch Abstimmung zuzustimmen, sondern vielmehr zu handeln. Demokratische Bewegungen und Bemühungen sollten nicht durch politische Instrumentalisierung geschwächt werden. Bei der Zustimmung zu solchen Erklärungen laufe man Gefahr, die Bürgerinnen und Bürger, die für echten Wandel eintreten, zu verlieren. Auch halte er die Aussage "Noch nie hatten wir in Deutschland so viele gesellschaftliche Freiheiten, so fest verankerte Grundrechte und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten" für problematisch. Zwar habe Deutschland beträchtliche Fortschritte in Bezug auf die Sicherstellung von Grundrechten und individueller Freiheit gemacht, doch gebe es insbesondere im Hinblick auf soziale Ungleichheiten, Diskriminierung und den Zugang zu Bildung und Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger immer noch einigen Nachholbedarf. Er wolle darauf hinweisen, dass seiner Meinung nach gerade die Bildungspolitik der Vergangenheit dazu beigetragen haben könnte, in erster Linie Konsumenten anstelle von Demokraten hervorzubringen. So seien Bürgerinnen und Bürger eher geneigt, ihren eigenen Besitz und ihre Privilegien zu verteidigen, als sich aktiv für die Freiheit und die demokratischen Prinzipien einzusetzen. Auch dürften die aktuellen Bedrohungen für Freiheit und Demokratie nicht außer Acht gelassen werden. Diese Probleme dürften nicht ignoriert, sondern müssten aktiv angegangen werden.

Auch den Appell zur Wahlteilnahme sehe er vor dem Hintergrund zahlreicher Affären und Machenschaften, auch auf europäischer Ebene, kritisch.

Solche Erklärungen dürften nicht dazu führen, dass Demonstrationen und Kundgebungen zu rein symbolischen Akten werden, die von politischen Akteuren nur für ihre eigenen Zwecke genutzt würden.

Im Übrigen wolle er betonen, dass, auch wenn es scheine, er gelange hier zu ähnlichen Ergebnissen wie die AfD, deren Schlussfolgerungen und Ziele völlig entgegengesetzt zu seinen eigenen seien.

Abschließend hob Herr Tönjes die große Bedeutung der Übernahme von Verantwortung dafür hervor, die Werte der Demokratie und des Respekts vor Vielfalt und Menschenrechten zu verteidigen. Er appellierte, nicht mit Worten, sondern durch Handeln gemeinsam dafür zu kämpfen, dass die Demokratie stark und lebendig bleibe.

Herr Moriße vermutete, die Erklärung diene dazu, die Umfragewerte für die AfD zu reduzieren. Die Demonstrationen der letzten Zeit seien aus seiner Sicht bloßes „Bashing“ gegen die AfD gewesen. Seine Partei sei entgegen der allgemeinen Annahme sehr wohl eine demokratische Partei. Auch dort setze man sich dafür ein, Hilfesuchenden Unterstützung zu gewähren. Aus diesem Grund werde die AfD-Fraktion die Erklärung nicht mittragen.

Herr Stump ergänzte, die AfD-Fraktion stehe sehr wohl zum Grundgesetz. Dennoch könne auch er der Erklärung aus den verschiedensten Gründen nicht zustimmen.

Herr Walpurgis zitierte Aussagen von AfD-Mitgliedern, die deren Menschenfeindlichkeit belegen. Dies zeige, dass Demokratie mit allen Mitteln verteidigt werden müsse.

Die Zitate werden auf Wunsch von Herrn Moriße im Folgenden aufgeführt:

„Die politische Korrektheit gehört auf den Müllhaufen der Geschichte“ – Alice Weidel
„Wer Homosexualität auslebt, dem droht dafür eine Gefängnisstrafe ... Das sollten wir in Deutschland auch machen!“ – Andreas Gehlmann

„Wir sollten eine SA gründen und aufräumen!“ – Andreas Geithe

„Wer versucht, die AfD zu richten, den richtet die AfD!“ – Hans-Thomas Tillschneider

„Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt.“ – Björn Höcke

„Das Pack erschießen oder zurück nach Afrika prügeln.“ – Dieter Görnert

„Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust mal wieder lohnen würde.“ – Chatprotokoll Marcel Grauf

„Abschiebung der Antifa nach Buchenwald“ – Mirko Welsch, AfD

*„Es ist richtig, Menschen mit schwarzer Hautfarbe auch weiterhin N**** zu nennen.“ – Thomas Seitz*

(Quelle: <https://jugendstrategie.de/hasserfuellte-und-menschenverachtende-zitate-der-afd/>)

Herr Moriße forderte, die Namen und Zitate zwecks Überprüfung ins Protokoll mit aufzunehmen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 34 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der beigefügten Erklärung zu.

14 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat14.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
(Beigeordneter Heinemann)14.1.1 Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung**19/2024**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 19.02.2024 vor.

Herr Moriße erklärte, die AfD-Fraktion werde dem nicht zustimmen. Darüber hinaus kündigte er einen Antrag zur Änderung der Sätze für Verdienstausschlag bzw. Nachteilsausgleich zur nächsten Ratssitzung an.

Herr Schön brachte den folgenden **interfraktionellen Änderungsantrag** der Fraktionen SPD und CDU sowie der Gruppen WIN@WBV, Berner, FDP, FW, GRÜNE und GfW und Die BUNTEN ein:

„§ 1 (1) „Funktionsträger“ streichen

§ 1 (3) 20.01. wird durch Änderung „Ende des I. Quartals des Folgejahres“ ersetzt.“

Dem Änderungsantrag wurde bei 39 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 39 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung des Auslagenersatzes und des Verdienstausschlages für Mitglieder des Rates, Ortsrates und der sonstigen ehrenamtlich tätigen Personen (Entschädigungssatzung) laut Anlage.

14.1.2 Antrag der AfD-Fraktion: Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber und Personen mit Duldungsstatus in Wilhelmshaven **505/2024**

Herr Moriße brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Herr Dr. Schulte, Herr Stoffers, Herr Tönjes, Frau Kloster und Herr Heinemann signalisierten die Ablehnung ihrer Fraktionen bzw. Gruppen. Alle hielten einen Alleingang zur Einführung einer solchen Bezahlkarte für nicht sinnvoll und plädierten dafür, zunächst eine Einigung von Bund und Ländern abzuwarten. So müsse die Stadt außerdem die Kosten nicht allein tragen. Seitens der Grünen wurde zudem generelle Bedenken gegenüber dem Instrument „Bezahlkarte“ geäußert.

Herr Moriße hielt dem entgegen, dass der Antrag zur Vorbereitung auf ein solches Verfahren gedacht sei, damit die Stadt nicht, wie so oft, hintanstehe.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt
(bei 3 Ja-Stimmen und 39 Nein-Stimmen)

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Einführung einer städtischen verwendbaren Bezahlkarte für Asylbewerber und Personen mit Duldungsstatus als Ersatz für Barleistungen umzusetzen.

14.2 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen
(Beigeordneter Bulla)

14.2.1 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis - Olaf Augustin

20/2024

Herr Bulla trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 29.01.2024 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Bant-Heppens, Herr Olaf Augustin, wird mit sofortiger Wirkung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen.

14.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)

14.3.1 Zustimmung zum Mietspiegel 2023 der Stadt Wilhelmshaven

35/2024

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 13.02.2024 vor.

Herr Heinemann brachte den folgenden **Änderungsantrag** für die CDU-Fraktion ein:

„1. unverändert

2. unverändert

3. Die verschiedenen Möglichkeiten der Fortschreibung/Neuerstellung des Mietspiegels sind dem Rat vor Ablauf von zwei Jahren unter Angabe der entstehenden Kosten vor einer Entscheidung vorzulegen.“

Herr Schön erklärte, die SPD-Fraktion werde den Änderungsantrag ablehnen, da das Thema ausführlich diskutiert worden und ein zusätzlicher Punkt nicht angemessen sei.

Herr Marušić informierte über den weiteren Fortgang nach erfolgtem Beschluss.

Herr Burkhardt brachte für die Gruppe GRÜNE und GfW einen weiteren **Änderungsantrag** ein:

„Der Beschlussvorschlag wird um den folgenden Punkt 3 ergänzt.

3.

Eine neue Haupterhebung zum Mietspiegel erfolgt nach Ablauf von zwei Jahren. Im Vorfeld der Haupterhebung sind die Bewertungskriterien unter Beteiligung der ortansässigen Wohnungsmarktakteure abzustimmen und zu überprüfen.“

Herr Marušić erklärte, eine frühzeitige Vorlage sei nicht zuletzt auch im Interesse der Verwaltung.

Herr Becker wies darauf hin, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion der weiterführende sei und somit zuerst behandelt werde.

Herr Tönjes hielt eine Erweiterung für nicht notwendig, da eine Anpassung verwaltungsseitig automatisch erfolge. Er wolle zudem nicht den Eindruck erwecken, dass die Vorlage nur aufgrund der Einwendungen der Wohnungsbaugesellschaften geändert werde. Abschließend widersprach er einer en-bloc-Abstimmung, da die Begründung zum 2. Punkt des Beschlussvorschlages als kritisch erachtet werde.

Frau Mandt warb um Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Es gehe nicht darum, Kriterien zu verändern, sondern es solle lediglich der Vorgang transparenter gestaltet und die Kosten dargestellt werden.

Herr Dr. Schulte pflichtete den Ausführungen von Frau Mandt bei: die Kosten zu wissen, sei kaufmännisch nur vernünftig.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, erfolgte die Abstimmung über den **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**:

Dieser wurde bei 22 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen (ohne Frau Bakir-Block und Oberbürgermeister Feist) **mehrheitlich angenommen**.

Damit entfiel die Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe GRÜNE und GfW.

Die nachfolgende **getrennte Abstimmung** über die Beschlussvorlage ergab das folgende Ergebnis:

- 1) **Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt
(bei 37 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen – ohne Frau Bakir-Block und Oberbürgermeister Feist)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

den Mietspiegel zum Stichtag der Datenerhebung 01.04.2023 (erstellt von ALP Institut für Wohnen und Stadtentwicklung GmbH, Hamburg) mit Wirkung ab dem 01.03.2024

- 2) **Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt
(bei 28 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen – ohne Frau Bakir-Block und Oberbürgermeister Feist)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:
die Wohnungen ab dem Baujahr 2016 aufgrund der geringen Anzahl nicht in den Mietspiegel einfließen zu lassen.

Beschluss: geänderter Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. den Mietspiegel zum Stichtag der Datenerhebung 01.04.2023 (erstellt von ALP Institut für Wohnen und Stadtentwicklung GmbH, Hamburg) mit Wirkung ab dem 01.03.2024
2. die Wohnungen ab dem Baujahr 2016 aufgrund der geringen Anzahl nicht in den Mietspiegel einfließen zu lassen.
3. *Die verschiedenen Möglichkeiten der Fortschreibung/Neuerstellung des Mietspiegels sind dem Rat vor Ablauf von zwei Jahren unter Angabe der entstehenden Kosten vor einer Entscheidung vorzulegen. (ergänzt auf Antrag der CDU-Fraktion im Rat am 21.02.2024)*

14.3.2 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Runder Tisch ÖPNV **501/2024**

Herr Fischer brachte den Antrag ein und führte dazu kurz aus.

Herr Burkhardt beantragte für die Gruppe GRÜNE und GfW die folgende Änderung:

„Der Beschlussvorschlag wird um die folgenden Interessenvertretungen „City-Interessen-Verein (CIV), Vertreter der Wilhelmshavener Schulen (Eltern- und SchülerInnenvertretung/SchulleiterInnen) und Behindertenbeirat“ ergänzt.“

Dem Änderungsantrag wurde bei 29 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Herr Stump warf die Frage auf, was mit diesem Gremium erreicht werden solle. Er gab zugleich zu bedenken, dass dessen Arbeit bezahlbar sein müsse.

Oberbürgermeister Feist erklärte daraufhin, wofür der Runde Tisch gedacht sei.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 32 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen)

Der Rat beschließt,

die Verwaltung wird beauftragt, einen „Runden Tisch ÖPNV“ einzurichten. Dabei sind Vertreterinnen und Vertreter der Politik, der regionalen Verkehrsbetriebe, der Verwaltung und der Stadtgesellschaft einzubinden.

Der Beschlussvorschlag wird um die folgenden Interessenvertretungen „City-Interessen-Verein (CIV), Vertreter der Wilhelmshavener Schulen (Eltern- und SchülerInnenvertretung/SchulleiterInnen) und Behindertenbeirat“ ergänzt.

(ergänzt auf Antrag der Gruppe GRÜNE und GfW im Rat am 21.02.2024)

14.4 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)

14.4.1 Behindertenbeirat als beratendes Mitglied in dem Ausschuss BGGS **22/2024**

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft die nachfolgend aufgeführte Person als beratendes Mitglied des Behindertenbeirates in den Ausschuss BGGS:

Frau Katrin Müller (IG behinderter Menschen in der Selbsthilfe) als Nachfolge für das Mitglied Herr Walther Schäfer.

14.4.2 Richtlinie zur Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen im gesamten Stadtgebiet **25/2024**

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 08.02.2024 vor.

Frau Kloster beantragte für die Gruppe GRÜNE und GfW die folgende **Änderung:**

*„Der Rat der Stadt beschließt folgende Ergänzung des Beschlussvorschlags:
Die durch den Fachbereich 36 erstellte negative Bewertung hinsichtlich der Klimaauswirkungen wird zur Kenntnis genommen.
Weiter wird die Verwaltung beauftragt im Rahmen der Empfehlung die Bewertungskriterien um Klimaschutz- / Klimaanpassungskriterien noch im Jahr 2024 zu ergänzen und den Gremien einen Entwurf im September vorzulegen.
Hierzu sollen Landwirte, wie auch die Naturschutzverbände neben dem Fachbereich 36 beteiligt werden.“*

Nachdem **Herr Tönjes** die Zustimmung der Gruppe zum Änderungsantrag signalisiert hatte, da diese Ergänzung für die Richtlinie an sich unschädlich sei, erklärten **Herr Stump, Herr Hager, Herr Dr. Schulte** und **Frau Mandt**, sie würden den Änderungsantrag ablehnen. Dies wurde unter anderem damit begründet, dass

die Situation für die Landwirte im Moment ohnehin schwierig sei und die von der Verwaltung vorgelegte Richtlinie sich mittlerweile bewährt habe.

Frau Kloster fügte abschließend hinzu, mit der Änderung solle lediglich ein Prüfauftrag für weitere Optimierungsmöglichkeiten erteilt werden.

Der **Änderungsantrag** wurde bei 10 Ja-Stimmen und 31 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Moriße wendete ein, den Landwirten sei ohnehin an einer guten Pflege ihrer Flächen gelegen, so dass ein aufgeblähter Kriterienkatalog gar nicht notwendig sei. Die AfD-Fraktion werde daher den Beschlussvorschlag nicht mittragen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Verabschiedung der Richtlinie zur Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen im gesamten Gebiet der Stadt Wilhelmshaven wird zugestimmt.

14.5 Betriebsausschuss Krankenhaus (Ratsherr Stoermer)

14.5.1 Beschluss über die Verwendung des steuerlichen Einlagekontos zur Leistung der verdeckten Gewinnausschüttung für das Jahr 2022 (Betrieb gewerblicher Art "Personaldienstleistungen" – Eigenbetrieb RNK) **18/2024**

Herr Stoermer trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus vom 19.02.2023 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, dass die verdeckte Gewinnausschüttung aus dem Betrieb gewerblicher Art "Personaldienstleistungen" (Eigenbetrieb RNK) für das Veranlagungsjahr 2022 unter Verwendung des steuerlichen Einlagekontos geleistet wird.

14.6 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Ratsherr Moriße)

14.6.1 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Verbesserung Radverkehr Umfeld Nordseepassage **611/2023**

Herr Burkhart brachte den Antrag ein und führte kurz zu den Beratungen im Ausschuss aus.

Herr Becker beantragte die **Zurückverweisung** an den Betriebsausschuss Technische Betriebe.

Nach Wortmeldungen der **Herren Burkhardt** und **Schön** wurde der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Becker bei 32 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**

1. Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, wie der Fahrradverkehr auf und an der Virchowstraße im Bereich ZOB, zwischen Bahnhofsstraße/Rambla/Theaterplatz und der Ebertstraße/Ehrenwortplatz optimiert werden kann.
2. Insbesondere sollen perspektivisch die direkten Verbindungen für den Radverkehr in Hinblick auf die neue Fahrradstation am Bahnhof und die Zuwegungen aus dem Bereich nördlich des Bahnhofs (vorbei am ZOB hin zur Ebertstraße/Valoisplatz) sicherer und optimiert werden.

14.6.2 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung Situation Spielstraße in der Grenzstraße **612/2023**

Herr Burkhardt brachte den Antrag der Gruppe GRÜNE und GfW ein.

Herr Stump wies auf die dort ansässigen Arztpraxen und Apotheken hin, die weiterhin angefahren können werden müssen, und dass ein schnelles Fahren gar nicht möglich sei.

Herr Hager erklärte, in diesen Bereich werde jedoch häufig verbotswidrig abgebogen.

Frau Weinstock hielt die Einrichtung einer Spielstraße für unproblematisch.

Herr Suberg machte darauf aufmerksam, dass es zunächst nur um einen Prüfauftrag gehe und Diskussionen über Details an dieser Stelle noch nicht nötig seien.

Nachdem **Herr Moriß** die Zustimmung der AfD-Fraktion signalisiert hatte, zeigte sich **Herr Burkhardt** erfreut, dass das bestehende Problem jedoch offensichtlich erkannt worden sei. Dennoch wolle er wiederholen, dass es zunächst um die Erteilung eines Prüfauftrages gehe.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

1. Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, Maßnahmen und ihre Wirksamkeit zu prüfen, wie die Verkehrssituation und -führung durch und in der Spielstraße Grenzstraße zwischen

- Peter- und Börsenstraße für Kinder verbessert und deren Aufenthalt dort sicherer werden kann.
2. Ziel der Prüfung ist es, diesen Innenstadtbereich in Hinblick auf die Aufenthalts- und Wohnsituation in diesem Bereich der Grenzstraße weiter zu verbessern und attraktiver zu machen.
 3. Geprüft werden soll u.a., ob die Durchfahrtsmöglichkeit von der Peterstraße in die Grenzstraße geschlossen werden kann, um den fließenden Verkehr an dieser Stelle zu entschleunigen, die Spielstraße dadurch sinnvoll aufzuwerten und ob so der Schutz der Kinder, Passanten und Anwohnenden verbessert werden kann.
 4. Die vorhandenen Durchfahrtsmöglichkeiten für den nicht Fahrradverkehr sollen erhalten bleiben.

14.6.3 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung PV-Anlagen auf städtischen Parkplätzen **613/2023**

Frau Kloster brachte den Antrag ein und änderte dabei das dort genannte Datum auf den 31.12.2024 ab.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 29 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Die Verwaltung wird beauftragt, für alle kommunalen Parkplätze ab 25 Einstellplätzen in Wilhelmshaven (inklusive der Parkflächen der städtischen Gesellschaften und Einrichtungen wie Schulen, Freibad Nord und Nautimo) die Eignung für die jeweilige Errichtung einer aufgeständerten Solaranlage zu überprüfen und das Ergebnis der Überprüfung dem Rat bis zum 31. ~~Juli~~ **Dezember** 2024 vorzulegen.

(geändert im Rat am 21.02.2024)

14.7 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Hager)

14.7.1 Änderung der Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven **28/2024**

Herr Hager trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 10.02.2024 vor und beantragte anschließend die **Rückverweisung** an den Ausschuss, um mit allen Beteiligten noch einmal in Austausch treten zu können.

Herr Schönfelder erklärte, die Verwaltung sei grundsätzlich bereit, den Beratungsbedarf anzuerkennen, doch sei die Diskussion im Fachausschuss zu diesem Thema bereits erschöpfend gewesen und die Beschlussvorlage durchaus beschlussreif.

An der weiteren Diskussion zum Geschäftsordnungsantrag beteiligten sich die Herren **Tönjes, Burkhart, Schön, Fischer, Stump** und **Hager**, bevor der

Rückverweisung aufgrund es bestehenden Beratungsbedarfs **einstimmig zugestimmt** wurde.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**

Die Änderung der Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven wird in der anliegenden Fassung beschlossen. Der Beschluss 4/2013 wird ersetzt.

15 Anträge

15.1 Antrag der CDU-Fraktion: Festakt zum 75 Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes **504/2024**

Herr Ehlers brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Oberbürgermeister Feist erklärte, die Verwaltung hege durchaus Sympathien für den Grundgedanken, benötige jedoch weitere Informationen über die gewünschte Form der Ausgestaltung zumal die Vorbereitungszeit relativ kurz sei.

Herr Ehlers hielt das Platzangebot im Ratssaal für ausreichend, zumal auch die Empore genutzt werden könne. Eine Bestuhlung im Ratssaal sei nicht notwendig. Die musikalische Umrahmung könne durch die Musikschule erfolgen und als Redebeiträge seien Vorträge von Vertretern aus Judikative, Exekutive und Legislative denkbar.

Nach dem Wortbeitrag von Herrn Ehlers wurde die Sitzung für eine **Pause von 18:45 bis 19:00 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die weitere Diskussion über den Antrag der CDU-Fraktion.

Es folgten zustimmende Wortmeldungen von **Herrn Moriße, Herrn Block, Herrn, Stump, Frau Weinstock** sowie **Herrn Ehlers. Herr Bulla** bat darum, auch Schülerinnen und Schüler mit einzubeziehen. Die Verwaltung solle Kontakt mit den Schulen aufnehmen. **Herr Tönjes** schlug vor, man könne die Veranstaltung bei gutem Wetter im Außenbereich abhalten.

Oberbürgermeister Feist fasste den Arbeitsauftrag für die Verwaltung zusammen: Es sei ein Festakt im Ratssaal zu planen, der ca. 90 Minuten dauern solle. Dazu sei die Bürgerschaft einzuladen. Es solle ein kleines musikalisches Rahmenprogramm und drei Redebeiträge geben, bei denen die Schulen möglicherweise mit eingebunden würden.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat beschließt:

Rat und Verwaltung richten am 23.05.2024 einen öffentlichen Festakt zum 75. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes aus. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Festakt im Ratssaal auszurichten und Organisation zu übernehmen.

15.2 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung von Flächen im Stadtgebiet für das Wohnen in Tiny Häusern **506/2024**

Frau Kloster brachte den Antrag ein.

Herr Schön teilte mit, dass die SPD-Fraktion einer En-bloc-Abstimmung widerspreche.

Oberbürgermeister Feist stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf **Verweisung** in die Ausschüsse.

Nach Wortmeldungen von den **Herren Burkhardt** und **Tönjes** wurde der Antrag auf Verweisung **einstimmig angenommen**.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**

1. Der Rat der Stadt begrüßt die Schaffung von Möglichkeiten zur Ansiedlung von Tiny Houses/Tiny Häusern (Minihäusern) als eine alternative innerstädtische Wohnmöglichkeit.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Standorte für das Aufstellen und die Ansiedlung von Tiny Häusern auf städtischen Grund zu identifizieren und notwendige Maßnahmen und Kosten (Vorbereitung Fläche, Prüfung Schadstoffbelastung des Bodens etc.) zu benennen.
3. Es sollen im Stadtgebiet verschiedene Standorte gefunden und benannt werden, dabei sind der Stadtnorden, die Nähe zur Jade Hochschule und Neubaugebiete in die Vorschläge einzubeziehen. Geprüft werden sollen die Möglichkeiten, für Interessenten kleine Flächen zu mieten oder zu pachten. Grundsätzlich sollen die auszuweisenden Flächen im städtischen Besitz verbleiben.
4. Bei der Entwicklung neuer Baugebiete werden auch Grundstücke für die Nutzung von Tiny Häusern angeboten. Bei fehlender Nachfrage können diese nachträglich zusammengefasst und als reguläre EFH-Grundstücke veräußert werden.
5. Ergänzend wird die Verwaltung aufgefordert, Überlegungen zur Schaffung einer dedizierten Tiny Haus-Kleinsiedlung als

Modellprojekt für dauerhaft nachhaltiges ökologisches und klimafreundliches Wohnen zu prüfen. Dabei sind die Möglichkeiten staatlicher oder anderer Förderungen für dieses Projekt einzubeziehen auch um die Kosten für alle Beteiligten und Nutzer*innen gering zu halten.

15.3 Antrag SPD-Fraktion: Personelle Aufstockung des Einbürgerungs- **510/2024**
amtes

Herr Schön brachte den Antrag ein und stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf **Verweisung** in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen.

Herr Tönjes sprach sich für den Antrag sowie für die Verweisung aus.

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Schön** wurde der Verweisungsantrag **einstimmig angenommen**.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven wird beauftragt, das Einbürgerungsamt auf zwei Vollzeitstellen aufzustocken.

15.4 Antrag SPD-Fraktion: Jahresabschlüsse der Gesellschaften **512/2024**

Herr Block brachte den Eintrag ein und begründete diesen.

Herr Stump sprach sich für den Antrag aus und verwies darauf, dass ein Überblick wichtig sei. Nach weiteren Wortmeldungen von **Frau Zaage** und **Herrn Heinemann** bat **Herr Block**, wie von Frau Zaage gewünscht, den **Antrag um die Zweckverbände zu erweitern**.

Herr Tönjes verwies darauf, dass laut seiner Erinnerung im Rat beschlossen worden sei, dass regelmäßig aus den Gesellschaften berichtet werden solle. Dies geschehe jedoch nicht. **Oberbürgermeister Feist** teilte mit, dass er die Frage recherchieren werde und aus dem Stand dazu nicht sprechfähig sei.

Nach weiteren Wortmeldungen von **Herrn Moriß** und **Herrn Dr. Schulte** wurde der erweiterte Antrag **einstimmig angenommen**.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

1. Die Jahresabschlüsse der Gesellschaften **und Zweckverbände** in der Stadt Wilhelmshaven müssen im Rahmen der gesetzlichen Fristen aufgestellt werden. Sofern absehbar ist, dass ein Jahresabschluss nicht rechtzeitig erstellt werden kann, ist der Rat der Stadt Wilhelmshaven durch die verantwortliche Gesellschaft **und den Zweckverband** umgehend im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen zu informieren.

2. Sämtliche offenen Jahresabschlüsse der Gesellschaften **und Zweckverbände** aus den vergangenen Jahren sind bis spätestens 31.12.2024 aufzustellen, sofern keine gesetzlichen Fristen dies beeinträchtigen.
3. Die Feststellung der aus den vergangenen Jahren offenen Jahresabschlüsse hat schnellstmöglich zu erfolgen.

(ergänzt auf Vorschlag von Herrn Block in der Ratssitzung vom 21.02.2024)

15.5 Antrag SPD-Fraktion: Haushaltsberatungen außerhalb der Stadt **513/2024**

Herr Block brachte den Antrag mit folgendem **Änderungsantrag** ein und begründete diesen.

Die Haushaltsberatungen für den nächsten Doppelhaushalt der Stadt Wilhelmshaven sollen wieder außerhalb der Stadt stattfinden.

1. *Analog zu früheren Haushaltsberatungen tragen Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Wilhelmshaven, Stadtverwaltung und städtische Gesellschaften die jeweiligen zusätzlichen Kosten (Reisekosten, Verpflegung, Hotelübernachtung,) selber.*
2. *Die zusätzlichen Kosten für die jeweiligen Haushaltsberatungen sollen in der Zuwendungssatzung für Fraktionen und Gruppen des Rates der Stadt Wilhelmshaven berücksichtigt werden. Hierzu soll die Verwaltung prüfen, ob eine Anpassung der Satzung um den Punkt Haushaltsberatungen / Mehrkosten notwendig ist. Eine entsprechende Anpassung hat rechtzeitig vor den geplanten Haushaltsberatungen zu erfolgen.*
3. *Die zusätzlichen Kosten für Mitglieder des Rates ohne Fraktions- oder Gruppenzugehörigkeit werden von der Stadt Wilhelmshaven getragen.*

Oberbürgermeister Feist verwies darauf, dass im Haushalt keine finanziellen Mittel dafür eingeplant seien und bei einem positiven Beschluss ein Nachbewilligungsantrag zum Haushalt gestellt werden müsse.

Herr Block teilte mit, dass dies im Änderungsantrag berücksichtigt sei.

Herr Moriße wünschte, dass kleine Fraktionen bis maximal drei Personen finanziell bezuschusst werden.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich **Herr Stump, Herr Dr. Weithöner, Frau Heide, Frau Kloster** und **Herr Heinemann**.

Daraufhin stellte **Herr Burkhart** den Geschäftsordnungsantrag auf **Verweisung** in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen. **Herr Tönjes**

sprach sich für den Verweisungsantrag aus, während **Herr Heinemann** für eine jetzige Entscheidung plädierte.

Der Verweisungsantrag wurde bei 19 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**

Die Haushaltsberatungen für den nächsten Doppelhaushalt der Stadt Wilhelmshaven sollen wieder außerhalb der Stadt stattfinden.

15.6 Antrag SPD-Fraktion: Querungsanlage Neue Friedenstraße in Richtung Pütthäuser Straße und umgekehrt **514/2024**

Herr Schön brachte den Antrag ein und stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in die Ausschüsse BTBW und APB.

Herr Burkhardt bat um Ergänzung, dass der Antrag unter Einbindung der Verkehrskommission behandelt wird. **Herr Schön** verwies darauf, dass im VA **Herr Schönfelder** mitgeteilt haben soll, dass die Verkehrskommission ohnehin eingebunden werde.

Der Verweisungsantrag wurde **einstimmig angenommen**.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven weist die Verwaltung an, über den zuständigen städtischen Eigenbetrieb dafür Sorge zu tragen, dass möglichst umgehend eine Querungsanlage für die Fußgänger und Radfahrer gebaut wird, die die Neue Friedenstraße in Richtung Pütthäuser Straße (und umgekehrt - siehe Anlage) überqueren möchten.

16 Anfragen

16.1 Anfrage Ratsherr Moriße (AfD-Fraktion) zu Zulassungen von Fahrzeugen aus der Ukraine **508/2024**

Herr Bruns beantwortete die Anfrage der AfD-Fraktion wie folgt:

1. Wie viele Pkw, Lkw und Motorräder aus der Ukraine bzw. von Fahrzeughaltern mit ukrainischer Staatsbürgerschaft wurden seit dem Jahr 2022 in Wilhelmshaven zur Zulassung angemeldet?

Eine entsprechende Statistik wird nicht erhoben.

2. Wie viele Kfz-Steueranmeldungen sind seit dem Jahr 2022 von ukrainischen Staatsbürgern in Wilhelmshaven registriert worden?

Die Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer obliegt dem Zoll. Die Anmeldung werden vom zuständigen Hauptzollamt Itzehoe überwacht.

3. Wie viele Sondergenehmigungen für ukrainische Fahrzeuge wurden seit dem Jahr 2022 bei den Zulassungsstellen in Wilhelmshaven beantragt?

Bis zum Stichtag 06.02.2024 sind zehn Ausnahmegenehmigungen erteilt worden.

4. Wie viele Kfz-Haftpflichtversicherungen sind seit dem Jahr 2022 bei deutschen Versicherungsunternehmen von ukrainischen Staatsbürgern abgeschlossen worden?

Wie viele Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen abgeschlossen werden, wird nicht durch die Stadt Wilhelmshaven überwacht.

5. Wie viele Schadensfälle mit Pkw, Lkw und Motorrädern mit ukrainischer Zulassung wurden seit dem Jahr 2022 in Wilhelmshaven verzeichnet? Wie hoch ist die Schadenssumme?

Schadensfälle und Schadenssummen werden nicht durch eine Statistik der Stadt überwacht.

6. Wie hoch waren die bisher entstandenen Kosten für die Übernahme des Versicherungsschutzes durch die deutsche Verkehrsoferhilfe?

Die entsprechenden Daten liegen der Stadt nicht vor.

7. Wie viele Strafzettel und Bußgeldverfahren
a) für ukrainische Fahrzeuge und
b) für ausländische Fahrzeuge allgemein
konnten seit dem Jahr 2017 in Wilhelmshaven nicht vollstreckt werden? Wie hoch ist die jeweilige Gesamthöhe der ausstehenden Gebühren (bitte tabellarisch aufführen)?

Die gewünschten Daten sind mit dem eingesetzten Programm nicht auszuwerten.

- 17 Einwohnerfragestunde II
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Frau Jehnrich brachte Ihre Frage zum TOP 15.1 vor. Bestehe die Möglichkeit, dass eine Übertragung über Radio Jade und/oder per Videostreaming des Festaktes zum 75 Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes stattfinden könne?

Oberbürgermeister Feist teilte mit, dass dies technisch machbar wäre und er dies mit in die nächste Ratssitzung mitnehmen werde. Dazu sei ein politischer Beschluss erforderlich.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 19:46 Uhr beendet.

Der nichtöffentliche Teil der Sitzung wurde um 19:48 Uhr fortgeführt.
(Als Tagesordnungspunkt 18 im nichtöffentlichen Teil angefügt.)

Ende der Sitzung: 19:59 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez./gez.

Rogel/Ajwasow
Protokoll